

IWH-Pressemitteilung 32/2015

Halle (Saale), den 18. August 2015

Anpassung der GRW-Förderung Sachsen-Anhalts zielt nicht auf die wirtschaftlichen Hauptprobleme ab

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sieht die heute vorgestellten Neuregelungen zur Förderpolitik Sachsen-Anhalts kritisch. Ökonomisch sinnvolle Investitionen sollten sich in der Regel auch ohne staatliche Förderung rechnen.

Die Investitionen je Arbeitsplatz liegen in Sachsen-Anhalt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Darin besteht ein Hemmnis für den wirtschaftlichen Aufholprozess. Es ist jedoch fraglich, ob staatliche Investitionsförderung daran nachhaltig etwas ändern kann. Die Gefahr ist groß, dass es zu Mitnahmeeffekten kommt oder dass die von den geförderten Unternehmen versprochenen Arbeitsplätze nicht nachhaltig sind. Ökonomisch sinnvolle Unternehmensinvestitionen sollten sich in der Regel auch ohne staatliche Förderung rechnen, und Investitionen, die nur mit staatlicher Förderung rentabel sind, könnten zum Beispiel auch den Strukturwandel behindern. Der Flaschenhals für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts sind die demographische Entwicklung, Internationalität, Innovation und Bildung. Die Schwerpunkte der Landeswirtschaftspolitik sollten sich angesichts knapper Mittel in Zukunft von herkömmlicher Investitionsförderung in diese Richtung verschieben.

Die Landesregierung hatte am heutigen Dienstag die Anpassung der Landesregelungen zur Investitionsförderung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) vorgestellt. Diese beinhalten unter anderem, dass Investitionsvorhaben künftig auch dann gefördert werden können, wenn dadurch lediglich vorhandene Dauerarbeitsplätze gesichert werden und nicht wie in der Vergangenheit neue Dauerarbeitsplätze entstehen. Zudem wird – vor allem für kleinere Unternehmen – das Mindestinvestitionsvolumen von 70 000 Euro auf 50 000 Euro abgesenkt.

Für weitere Informationen vgl. Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft: GRW-Förderung wurde angepasst. [Pressemitteilung Nr.: 062/2015](#), Magdeburg, 18. August 2015.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:
Professor Dr. Oliver Holtemöller
E-Mail: oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt:
Stefanie Müller
Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

IWH-Expertenliste:
Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle](#) des IWH.

Sperrfrist:
18. August 2015,
16:30 Uhr

Pressekontakt:
Stefanie Müller
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:
Oliver Holtemöller
E-Mail:
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts:
Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt

Wissenschaftliche Schlagwörter:
Förderpolitik, Strukturpolitik, Investitionen

Aktueller Bezug:
Anpassung der Förderrichtlinien der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)
Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)
Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Die Aufgaben des **Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)** sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 89 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.